



Beschluss-Protokoll

Amtsduer 2009 - 2012

14. Sitzung

Dienstag, 2. November 2010, 18.00 bis 20.10 Uhr, Fürstenlandsaal Gossau

Vorsitz Koller Benno (SVP)

Anwesend 30 Mitglieder

Entschuldigt ---

Anwesend Stadtrat 5 Mitglieder

Entschuldigt ---

Traktanden

- 14.01 Zehnstadelweg; Kostenanteil
- 14.02 Ausbau Ringstrasse, Baukredit; Überweisung an Baukommission
- 14.03 Neugestaltung Bushof, Baukredit; Überweisung an Baukommission
- 14.04 Erschliessung Obstgarten; Überweisung an Baukommission
- 14.05 Bürgerrechtsgesuche 2010/2; Überweisung an Bürgerrechtskommission
- 14.06 Teilzonenplan Moosburg I; Erlass
- 14.07 Verbindung Flawilerstrasse-Wilerstrasse (Westspange); Projektierungskredit
- 14.08 Initiative „Ja zur Umzonung Sommerau“
- 14.09 Neue Vorstösse

14.01**Zehnstadelweg; Kostenanteil**

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 16. Juni 2010 mit folgendem Antrag:

Für den Kostenanteil von Gossau an der Verlängerung des Zehnstadelweges wird ein Kredit von CHF 312'000 (inkl. MwSt.) gewährt.

Eintretensdiskussion:

Ernst Ziegler, Präsident der Baukommission, verliest deren Bericht. Die Baukommission unterstützt den Antrag des Stadtrates. Das Projekt hat eine lange Vorgeschichte, die Linienführung war umstritten. Die vorgelegte Variante ist für die Gemeinde Andwil eine günstige Variante.

Peter Bernhardsgrütter (CVP) unterstützt die Sicherung von Schulwegen. Er kann indessen die gewählte Variante 3a nicht unterstützen und stellt folgenden Antrag:

Die Variante 3 wird als Projekt ausgearbeitet und dem Parlament eine entsprechende Vorlage unterbreitet.

Stadtrat Kurt Züblin weist darauf hin, dass die bisherigen Verhandlungen gezeigt haben, dass die Varianten 1-3 nicht realisierbar sind. Variante 3 ist eine unvollständige Variante, sie benötigt ein Trottoir entlang der Arneggerstrasse. Nur Variante 3a hat derzeit Chance auf Realisierung. Er beantragt Unterstützung für diese Variante.

Peter Bernhardsgrütter (CVP) vermutet, dass die Arneggerstrasse eine Kantonsstrasse ist, wo künftig ohnehin beidseitig ein Trottoir erstellt wird. Bei Variante 3 ist mit weniger Einsparungen zu rechnen als bei Varianten 1 und 2.

Stefan Lenherr (CVP) widerspricht den Ausführungen. Die Grundeigentümer sind nicht mehr verpflichtet, für Variante 1 Land für ein Trottoir frei zu halten. Arnegg und Andwil werden sich baulich weiter entwickeln. Eine Ablehnung des Kreditbegehrens könnte die nachbarlichen Beziehungen trüben.

Alfred Zahner (FLiG) stellt fest, dass der Weg für Gossauer (Arnegger-) Schüler gebaut wird. Seine Beobachtung zeigt, dass bei Schulschluss viele Velofahrende auf der Arneggerstrasse unterwegs sind. Er gewichtet die Sicherheit der Kinder höher als den Landverlust. Der Weg wird sich auch als Spazierweg eignen. Er unterstützt den Kreditantrag.

Detaildiskussion:

Diese wird nicht benutzt.

Beschluss des Stadtparlamentes:

Die Anträge des Stadtrates/der Baukommission werden dem Gegenantrag von Peter Bernhardsgrütter gegenübergestellt. Abstimmungsergebnis:

Antrag Stadtrat/Baukommission	24 Zustimmungen
Gegenantrag Peter Bernhardsgrütter	3 Zustimmungen

Damit ist der Antrag des Stadtrates angenommen.

14.02**Ausbau Ringstrasse, Baukredit; Überweisung an Baukommission**

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 20. Oktober 2010 mit folgendem Antrag:

Für den Ausbau Ringstrasse, Abschnitt Sonnenstrasse bis Flavilierstrasse sowie die Kanalisations- und Versorgungsanlagen wird ein Kredit von CHF 2'384'000 gewährt.

Beschluss des Stadtparlamentes:

Das Geschäft wird an die parlamentarische Baukommission überwiesen.

14.03**Neugestaltung Bushof, Baukredit; Überweisung an Baukommission**

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 20. Oktober 2010 mit folgendem Antrag:

Für die Realisierung des Bushofes wird ein Brutto-Kredit von CHF 1'620'000 (inkl. MwSt.) genehmigt.

Beschluss des Stadtparlamentes:

Das Geschäft wird an die parlamentarische Baukommission überwiesen.

14.04**Erschliessung Obstgarten; Überweisung an Baukommission**

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 20. Oktober 2010 mit folgendem Antrag:

Für die Erschliessung Obstgarten wird ein Kredit von CHF 2'063'000 inkl. MwSt. gewährt.

Beschluss des Stadtparlamentes:

Das Geschäft wird an die parlamentarische Baukommission überwiesen.

14.05**Bürgerrechtsgesuche 2010/2; Überweisung an Bürgerrechtskommission**

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Einbürgerungsrates vom 12. Oktober 2010 mit folgendem Antrag:

Die Gemeinde- und Ortsbürgerrechte werden erteilt.

Beschluss des Stadtparlamentes:

Das Geschäft wird an die Bürgerrechtskommission überwiesen.

14.06**Teilzonenplan Moosburg I; Erlass**

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 11. August 2010 mit folgendem Antrag:

Der Teilzonenplan Moosburg I wird gemäss Planbeilage erlassen.

Peter Bernhardsgrütter (CVP) tritt für die Behandlung dieses Geschäftes in den Ausstand (Art. 21 Geschäftsreglement).

Eintretensdiskussion:

Stefan Lenherr, Präsident der Vorberatenden Kommission, verliest deren Bericht. Die Kommission beantragt, dem Antrag des Stadtrates zuzustimmen. Die VBK unterstützt eine wirtschaftliche Entwicklung von Gossau, deshalb ist kurzfristig Bauland zur Verfügung zu stellen. Sie unterstützt den Teilzonenplan.

Stadtpräsident Alex Brühwiler: Der Stadtrat hat die beiden Gebiete Moosburg und Sommerau einander gegenüber gestellt und dabei unterschiedliche Kriterien bewertet. Dabei stehen die übergeordneten öffentlichen Interessen im Vordergrund. Raumplanung ist nicht Sache der Grundeigentümer, sondern der Öffentlichkeit. Der Einzonung Moosburg ist aus raumplanerischer Sicht der Vorzug zu geben. Mit einer aktiven Bodenpolitik will der Stadtrat die Erhältlichkeit der Landfläche sichern und hat dafür übertragbare Kaufrechte abgeschlossen. Voll erschlossenes Bauland soll für 350-400 CHF/m² auf den Markt kommen. Die Westspange verkürzt den Weg vom Toggenburg auf die A1. Das Gebiet Moosburg ist Fruchtfolgefläche, eine qualifizierte Interessenabwägung lässt eine Entlassung aus der Fruchtfolgefläche indessen zu. Der Stadtrat beantragt Eintreten und Zustimmung.

Hanspeter Fröhlich (FDP) stellt fest, dass Gossau auf längere Sicht beide Gebiete Moosburg und Sommerau benötigt. Die FDP beantragt, vorerst das Gebiet Moosburg einzuzonen. Die Planung für das Gebiet Moosburg ist weiter fortgeschritten als für das Gebiet Sommerau. Weiter spricht für das Gebiet Moosburg, dass die Stadt Kaufrechtsverträge abgeschlossen hat. Die Anbindung an den OeV ist einfacher, und die Westspange kann realisiert werden. Fruchtfolgeflächen können aufgehoben werden, wenn damit die Abwanderung von Betrieben vermieden werden kann. Er unterstützt den Antrag des Stadtrates.

Florian Kobler (SP) erkennt bei der Einzonung Moosburg beachtliche Synergien. Das Gebiet lässt sich auch mit dem OeV besser erschliessen als das Gebiet Sommerau. Beim Gebiet Sommerau ist die Erschliessung für den motorisierten Verkehr noch nicht gelöst. Derzeit besteht nur Bedarf für die Einzonung eines einzigen Gebietes. Das Gebiet Moosburg ist planerisch weiter fortgeschritten. Das Vorgehen des Stadtrates ist zielführend. Das Parlament soll sich nicht von Einsprachedrohungen einschüchtern lassen. Die SP wird den Teilzonenplan und den Kredit Westspange unterstützen und lehnt die Einzonung Sommerau ab.

Claudia Martin (SVP) stellt in der Fraktion unterschiedlichste Haltungen fest. Die Fraktion hat deshalb für die Vorlagen Teilzonenplan Moosburg I, Westspange sowie Initiative Sommerau Stimmfreigabe beschlossen. Sollte es zu einer Volksabstimmung kommen, wird die Ortspartei zur Parolenfassung eine Mitgliederversammlung durchführen.

Markus Mauchle (CVP) hat in seiner Fraktion ebenfalls eingehend diskutiert. Auch in seiner Fraktion sind unterschiedlichste Haltungen festzustellen, deshalb gilt Stimmfreigabe.

Claudia Meier-Uffer (FLiG) weiss nicht, welche Betriebe in Gossau neue Flächen suchen. Nicht jeder Interessent ist auch interessant. Die beschränkten Landressourcen können nur im Gebiet Moosburg gesteuert genutzt werden. Im Gebiet Sommerau besteht kein Einfluss durch die Stadt. Wertschöpfungsorientierte Betriebe müssen aber bevorzugt werden können. Das Gebiet Moosburg ist für die Erschliessung mit OeV besser geeignet. Die Erschliessung ist geklärt, das Gebiet kann rascher bereitgestellt werden als das Gebiet Sommerau. Zudem könnte die Westspange realisiert werden. Eine qualitative Entwicklung ist wichtig, also soll die Gemeinde selbst aktive

Bodenpolitik betreiben können. Die Vereinfachung auf das Thema Fruchtfolgefläche ist nicht haltbar. Hier ist eine Interessenabwägung zu machen, und vom Kanton wurde Zustimmung signalisiert. Sie beantragt Eintreten.

Reto Mock (CVP) weist auf den wegweisenden Entscheid hin, vor welchem das Parlament steht. Firmenstrategische Entscheidungen sind schneller als politische. Gossau befindet sich in der guten Position, zwei Gebiete zur Auswahl zu haben. Diese sollen sich ergänzen. Mittel- bis langfristig werden beide Gebiete benötigt. Dem Gossauer Gewerbe spielt es keine Rolle, welches Gebiet zuerst eingezont wird. Für beide Gebiete soll die Entwicklung gleichzeitig vorangetrieben werden. Die dadurch entstehenden Kosten relativieren sich im Hinblick auf das wichtige Projekt. Das Gewerbe beantragt Zustimmung zu allen 3 Traktanden Teilzonenplan Moosburg I, Westspange sowie Initiative Sommerau.

Ernst Ziegler (SVP) unterstützt ebenfalls ein gesundes Wachstum, sein Herz schlägt indessen für die Landwirtschaft. In Krisenzeiten muss die Versorgung gesichert bleiben. Die Fruchtfolgefläche hat für ihn sehr hohe Bedeutung. Er fühlt sich den Nachkommen verpflichtet, das Landwirtschaftsland weiter zu geben. In den letzten 40 Jahren wurde auf Stadtgebiet Gossau sehr viel Land für Gewerbe und Industrie eingezont. Wollen wir immer grösser werden? Bereits vorhandenes Industrieland soll vorgängig intensiver genutzt werden, anstelle von Neuzonungen. Mehr Arbeitsplätze verursachen mehr Verkehr, brauchen mehr Wohngebiete, mehr Infrastruktur.

Fredi Mosberger (CVP) stellt fest, dass hier die grossflächigste Umzonung der letzten 20 Jahre diskutiert wird. Beide Gebiete Moosburg und Sommerau enthalten gutes Landwirtschaftsland. Die Erschliessungskosten sind hoch. Er bezweifelt, ob der erwartete volkswirtschaftliche Nutzen tatsächlich geschaffen werden kann. Der Verkehr wird weiter zunehmen. Die Nutzung von bereits vorhandenem Industrieland ist vorzuziehen. Aktive Landwirte hängen am Landwirtschaftsland. Er beantragt Ablehnung des Teilzonenplanes.

Alfred Zahner (FLiG) rechnet aus, dass in der Schweiz innert 153 Tagen eine Fläche zubetoniert wird, welche der heutigen Landwirtschaftsfläche von Gossau entspricht. Es handelt sich um einen schwierigen Entscheid.

Hanspeter Fröhlich (FDP) unterstützt quantitatives Wachstum. Dafür ist Land notwendig, um die Konkurrenzfähigkeit zu bewahren. Die Landwirtschaft ist wichtig, doch muss der ganze Kontext betrachtet werden.

Stadtpräsident Alex Brühwiler: Die Richtplanung lässt keine Entwicklung von Wohnbauten im Gebiet Moosburg zu, Wohnbauten sind keine Alternative zur geplanten Einzonung. Die Voten zeigen klar, dass es hier um einen Nutzungskonflikt geht. Das Parlament muss sich klar werden, wohin die Reise gehen soll. Fakt ist, dass in der Schweiz zu grosse Bauzonen vorhanden sind. In Gossau ist die Reserve für Gewerbe- und Industrieland zu klein. Die Nutzung von peripheren Bauzonen lässt wiederum den Verkehr anschwellen. Der Wegzug von wertschöpfungsintensiven Unternehmen belastet den Stadthaushalt. Die Entscheidungsgrundlagen sind aufgearbeitet, nun liegt der Entscheid beim Parlament.

Detaildiskussion:

Die Diskussion wird nicht gewünscht.

Beschluss des Stadtparlamentes:

Der Teilzonenplan wird mit 22 Ja zu 7 Nein erlassen.

Roland Seiler (SVP) beantragt, das Ratsreferendum nach Art. 12 Gemeindeordnung zu ergreifen. Dafür genügen 10 Stimmen.

Abstimmung über Ratsreferendum:

Der Antrag erhält 11 Stimmen. Somit ist das Ratsreferendum zustande gekommen.

14.07**Verbindung Flawilerstrasse-Wilerstrasse (Westspange); Projektierungskredit**

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 11. August 2010 mit folgendem Antrag:

Für die Projektierung der Verbindung Flawilerstrasse-Wilerstrasse (Westspange) wird ein Kredit von CHF 230'000 (inkl. MwSt.) erteilt.

Peter Bernhardsgrütter (CVP) bleibt für die Behandlung dieses Geschäftes im Ausstand (Art. 21 Geschäftsreglement).

Eintretensdiskussion:

Stefan Lenherr, Präsident der Vorberatenden Kommission, verliest deren Bericht. Die Kommission beantragt, dem Antrag des Stadtrates zuzustimmen. Die Variante Kombi ist in die Planung einzubeziehen.

Die Vorberatende Kommission stellt folgenden **Zusatzantrag**:

"Bevor der Kredit freigegeben wird, ist das Ergebnis des Referendumsverfahrens über den Teilzonenplan Moosburg I abzuwarten."

Stadtpräsident Alex Brühwiler orientiert über die zeitlichen Verhältnisse der Vorlage. Der Zusatzantrag der VBK widerspricht dem engen Zeitplan für die Projektierung. Bis zur Volksabstimmung für den Teilzonenplan Moosburg I genügen CHF 30'000 - 40'000, um erste Planungsarbeiten auszulösen. So könnte der Baukredit voraussichtlich noch 2011 dem Parlament unterbreitet werden. Dieser Zeitplan wäre gefährdet, wenn der Zusatzantrag angenommen würde.

Claudia Kretz Büsser (FDP) ist gegen den Zusatzantrag der VBK. Dieser würde eine spürbare zeitliche Verzögerung verursachen.

Claudia Martin (SVP) unterstützt den Zusatzantrag der VBK. Damit werden Steuergelder nicht unnötig verbrauchen.

Gallus Hälg (SVP) unterstützt die vom Stadtrat erwähnte Variante Kombi. Diese soll bereits bei Erstellung der Westspange realisiert werden. Die Westspange hat eine regionale Bedeutung als Autobahnzubringer.

Stadtpräsident Alex Brühwiler bestätigt, dass mit dem beantragten Kredit auch die Variante Kombi geprüft wird. Das Parlament wird mit dem Baukredit entscheiden können, welche Variante erstellt werden soll.

Hanspeter Fröhlich (FDP) möchte für die Wirtschaft eine möglichst schnelle Lösung herbeiführen. Dem Stadtrat soll die Kompetenz eingeräumt werden, die nötigen Vorarbeiten zu leisten.

Roland Seiler (SVP) ist erstaunt, wie wenig der Stadtrat und die VBK das Gebiet Sommerau unterstützen.

Fredi Mosberger (CVP) scheint der einzige zu sein, der sich gegen das Projekt wehrt. In einem "normalen" Parlament gäbe es gegen einen solchen Kredit-Antrag grossen Widerstand von linksgrüner Seite.

Detaildiskussion:

Diese wird nicht gewünscht.

Beschluss des Stadtparlamentes:**Abstimmung über den Antrag des Stadtrates**

Der Kreditantrag des Stadtrates wird angenommen mit 20 Ja, 8 Nein bei 1 Enthaltung.

Abstimmung über den Zusatzantrag der Vorberatenden Kommission

Der Antrag wird mit 21 Ja zu 8 Nein angenommen.

14.08**Initiative „Ja zur Umzonung Sommerau“**

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 11. August 2010 mit folgendem Antrag:

*Der Stadtrat empfiehlt **Ablehnung** der Initiative.*

Peter Bernhardsgrütter (CVP) bleibt für dieses Geschäft freiwillig im Ausstand.

Eintretensdiskussion:

Stefan Lenherr, Präsident der Vorberatenden Kommission, verliest deren Bericht. Die Kommission beantragt **Zustimmung** zur Initiative. Stefan Lenherr geht davon aus, dass eine direkte Anbindung an den Autobahnzubringer möglich werden wird. Der Stadtrat kann nach der Zustimmung des ASTRA den Teilzonenplan ausarbeiten. Damit wird das Volk nicht umgangen. Mittels Referendum besteht später die Möglichkeit, über den Teilzonenplan Sommerau abzustimmen.

Stadtpräsident Alex Brühwiler weist auf die Eckpfeiler dieser Parallelplanung hin. Gemäss Initianten soll lediglich das Gebiet Sommerau Nord eingezont werden. Das hätte zur Folge, dass ein Grüngürtel zwischen zwei Industriegebieten liegen würde. Diese Konzeption ist aus Sicht Stadtrat und Kanton nicht haltbar. Bei der Planung ist das ganze Gebiet Sommerau Nord und Sommerau Süd in die Überlegungen einzubeziehen, unbesehen von den Absichten der Initianten und der Grundeigentümer. Der Stadtrat hat für die Einzonung schon verschiedene Abklärungen getätigt. Derzeit bleibt abzuwarten, welche Auflagen der Bund für die Verkehrserschliessung machen wird. Auch ist zu klären, was mit dem Gebiet Sommerau Süd geschehen soll. Selbst wenn ein Anschluss an den Autobahnzubringer möglich ist, muss voraussichtlich ein Auflageprojekt auf Bundesebene durchgeführt werden. Dies dürfte erheblich Zeit beanspruchen, dies zeigen die bisherigen langwierigen Abklärungen mit dem Bund. Falls in der Volksabstimmung die Einzonung Moosburg abgelehnt würde, ist nicht gesichert, dass stattdessen die Variante Sommerau realisiert werden kann.

Hanspeter Fröhlich (FDP) vertritt die Minderheitsmeinung der Kommission. Er beantragt Ablehnung der Initiative, um mit diesem Vorgehen eine Volksabstimmung zu erwirken. Die faireste Lösung wäre eine gleichzeitige Abstimmung über beide Vorlagen Moosburg und Sommerau.

Stefan Harder (FLiG). Die FLiG Fraktion lehnt die Initiative ab. Er hingegen vertritt persönlich eine andere Ansicht. Eine Garantie für die Einzonung des Gebietes Moosburg oder des Gebietes Sommerau besteht nicht. Langfristig werden beide Gebiete benötigt. Es soll nicht heute eines der beiden Gebiete beerdigt werden. Mit der Vorlage Moosburg können die Interessen der Stadt gewahrt werden. Die angekündigte aggressive Preispolitik für das Gebiet Sommerau versteht er nicht. Es sind noch viele offene Fragen zu klären, und das wird dauern. Wenn man langfristig denkt, sollen die Arbeiten für die Einzonung Sommerau heute aufgenommen werden.

Roland Seiler (SVP) weist darauf hin, dass bei der Einzonung der 2. Etappe Moosburg die ganze Diskussion um Fruchtfolgefläche etc. nochmals entstehen wird. Mit der Einzonung Sommerau könnte eine zusammenhängende Fläche von 100'000m² in einer einzigen Etappe bereitgestellt werden.

Markus Mauchle (CVP) möchte dem Stadtrat den Auftrag erteilen, die Planungsarbeiten aufzunehmen. Deshalb beantragt die Fraktion grossmehrheitlich Zustimmung zur Initiative.

Stefan Lenherr (CVP) sieht noch offene Fragen zur Erschliessung Sommerau. Die Dauer der Verfahren kann heute schwer abgeschätzt werden. Es ist mittel- und langfristiges Denken gefragt, deshalb sollen die beiden Gebiete Moosburg und Sommerau gleichzeitig aufgegleist werden.

Beschluss des Stadtparlamentes:

Das Parlament beantragt mit 17 zu 12 Stimmen die Ablehnung der Initiative.

14.09

Neue Vorstösse

Interpellation Erwin Sutter (FLiG) "Erschliessung Fenn-Geissberg mit Buslinie"

Der Präsident



Benno Koller

Der Stadtschreiber



Toni Inauen

Dieses Protokoll wurde auf dem Zirkulationsweg am 8. November 2010 genehmigt.